

Kirchenfinanzen: Dichtung und Wahrheit



Bei [Skydaddy's Blog](#) steht am 25.8. ein Artikel zu den Kirchenfinanzen: **Dichtung und Wahrheit**. Skydaddy nimmt Bezug auf einen Artikel der Süddeutschen Zeitung über das Erzbistum München und Freising – Kirchenvermögen [Das Kreuz mit dem Geld](#) Die SZ ist für ihre religionsbeflissene Darstellung bekannt, da nimmt es nicht Wunder, wenn Skydaddy schreiben kann:

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) lässt sich von kirchlichen Darstellungen blenden. Und der Haushalt des Erzbistums München und Freising belegt: Die Kirchensteuer entlastet den Staat nicht, sie belastet ihn. (Im Folgenden wird beschrieben) Wie die Kirchen ihre Anteile für Bildung und Caritas aufblähen – mit staatlichen Geldern

Anstatt ihren Mitgliedern mitzuteilen, wie viel Geld von der Kirchensteuer für gemeinnützige Zwecke wie Bildung oder Caritas ausgegeben wird, veröffentlichen die Kirchen lieber ihre Haushalte. Diese umfassen allerdings nicht nur die Einnahmen aus der Kirchensteuer, sondern auch die staatlichen Zuschüsse und alle anderen Einnahmen (z.B. Schulgeld, Gebühren, Pfründe-, Pacht- und Zinseinnahmen, Spenden). Da die staatlichen Zuschüsse im Wesentlichen in die gemeinnützigen Tätigkeitsbereiche gehen, erhöhen sie dort die Haushaltsansätze (s.u.) – und damit den Anteil der gemeinnützigen Bereiche am Haushaltsvolumen. Die Prozentangaben, wie viel anteilig für gemeinnützige Zwecke ausgegeben wird, sind daher für den kirchlichen Haushalt immer viel größer, als wenn der Prozentsatz angegeben würde, der von der Kirchensteuer für gemeinnützige Zwecke ausgegeben wird.

Nun ist zwar nichts dagegen einzuwenden und es ist absolut sinnvoll, dass die Kirchen ihre Haushalte veröffentlichen. Ein für die Kirchen angenehmer Nebeneffekt ist allerdings, dass die Öffentlichkeit durch die überhöhten Prozentangaben einen falschen Eindruck von der Verwendung der Kirchensteuer bekommt. Das Erzbistum München und Freising, um das es im Folgenden geht, verweist sogar in seiner Broschüre "Informationen zur Kirchensteuer 2013" als Antwort auf die selbstgestellte Frage (S. 13) "Wofür wird die Kirchensteuer im Erzbistum München und Freising verwendet?" auf die Haushaltsangaben – anstatt die Anteile an der Kirchensteuer auszuweisen, wie ich es unten tue.

... und die SZ fällt darauf rein.

Vor diesem Eindruck ist man offenbar selbst bei der Süddeutschen Zeitung nicht gefeit. Dort (in der Printausgabe für Bayern) erschien am 21. August 2013 ein Artikel mit der Überschrift "Sozialer Auftrag". Untertitel: "Die Kirche braucht viel Geld für karitative Zwecke. Allein 40 Prozent der Einnahmen fließen in die Seelsorge". Darin heißt es über das Erzbistum München und Freising:

Insgesamt investiert die Erzdiözese etwas mehr als 40 Prozent ihrer Einnahmen in die Seelsorge. Der zweitgrößte Posten sind Ausgaben für Bildung: 177 Millionen Euro und damit 27 Prozent der Einnahmen fließen in Bildungseinrichtungen – trotz der staatlichen Zuschüsse für Schulen, Religionslehrer und Kindertagesstätten. Die Erzdiözese trägt 22 Schulen und, gemeinsam mit den Pfarrkirchenstiftungen, 465 Kindertagesstätten. Hingegen sind für Verwaltungskosten lediglich etwas mehr als elf Prozent der Einnahmen vorgesehen.

Der Autor Jakob Wetzel bezieht sich offenbar auf diese Darstellung des Diözesanhaushalts nach Einzelplänen:

Die Zahlen kann man in [Skydaddys Artikel](#) nachlesen.

Link zum [Info des Bistums](#) und dessen [Zahlen des Haushalts](#)

Link zu Skydaddys Artikel [Kirchenaustritte entlasten die Allgemeinheit](#)

Skydaddy kommt dort zu dem Schluss, dass die Kirche den Staat *nicht* entlastet:

Denn durch die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer subventioniert der Staat die Kirchensteuer zu gut einem Drittel. Dies ist nicht etwa meine persönliche Interpretation der Dinge, sondern das ergibt sich aus dem Subventionsbericht der Bundesregierung (S. 113). Auf das Erzbistum München und Freising bezogen heißt das: Das dortige Kirchensteueraufkommen in Höhe von 474 Mio. Euro verursacht durch die steuerliche Abzugsfähigkeit beim Staat Mindereinnahmen in der Größenordnung von (der Einfachheit halber großzügig abgerundet) 150 Mio. Euro! Der Staat subventioniert also das Erzbistum München und Freising allein schon durch die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer mit gut 150 Mio. Euro, erhält aber als "Gegenleistung" nur 86 Mio. Euro. (Und dabei wird schon zugunsten der Kirche angenommen, dass alles, was dort unter "Bildung" und "Caritas" ausgewiesen wird, tatsächlich der Allgemeinheit zugute kommt.)

Es geht hier nicht darum, die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer infrage zu stellen, sondern nur darum, zu zeigen, dass die Kirche den Staat keineswegs entlastet. Es ist auch nicht abzusehen, dass das jemals passieren wird: Das Erzbistum München müsste seine Eigenbeiträge zu Bildung und Caritas schon verdoppeln, allein um dem Staat sozusagen nicht mehr "auf der Tasche zu liegen". In diesem Fall wäre der Staat zwar nicht mehr belastet, aber auch noch nicht entlastet.

Kirchenaustritte *entlasten* die Allgemeinheit

Erst recht lässt sich nicht behaupten, wer aus der Kirche austritt, "entsolidarisiere" sich, da er nun keine Kirchensteuer mehr zahle und somit weniger für das Gemeinwesen beitrage. Das Gegenteil ist der Fall, wie man erkennt, wenn

man überlegt, was passieren würde, wenn alle Münchener Katholiken aus der Kirche austreten würden: Der Staat müsste dann zwar den katholischen Beitrag zu Bildung und Caritas in Höhe von 86 Mio. Euro selbst übernehmen – er hätte aber dafür über 150 Mio. Euro Mehreinnahmen, weil die Kirchensteuer nicht mehr durch ihre Absetzbarkeit das allgemeine Steueraufkommen belastet.